GEORG STÖTZEL

Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch

Semantische Kämpfe in der Presse sind wichtige Symptome für Orientierungskonflikte in einer Gesellschaft. Ausgehend von dieser Art der Thematisierung von Sprachgebrauch werden einige Orientierungsdiskussionen – mit dem Schwerpunkt auf der frühen Nachkriegszeit – skizzenhaft rekonstruiert, um die Bedeutung der semantischen Kämpfe für eine zukünftige Sprachgeschichte der Gegenwart zu erweisen.

1. Semantische Kämpfe und die Vokabeln der (Sprach-) Gesellschaftsschreibung. Wann beginnt die Gegenwartssprache?

Mit semantischen Kämpfen¹ hat die sog. Öffentlichkeit ihre Schwierigkeiten. Manche Zeitgenossinnen und -genossen nennen es freiweg dekadent, daß Leute sich allen Ernstes in der Öffentlichkeit darüber streiten, mit welchem Wort irgendetwas oder irgendwer zu bezeichnen sei, oder auch darüber, was eigentlich ein Wort zu bedeuten habe. Warum nur – so fragen sie – streitet man sich nur um Worte (oder Wörter) statt gleich über die Sachen zu reden, statt „zur Sache zu kommen“. – Diese Staatsbürger, die – wenn sie weiblich sind – ihrer eigenen Kritik zum Trotz sicherlich darauf bestehen, als „Staatsbürgerinnen“ angesprochen zu werden, stellen das Gegenstück zu dem Bevölkerungsteil dar, der tagtäglich bewußt die Sprachvermitteltheit von sog. Tatsachen oder sog. Realität erfährt: Etwa wenn in den westdeutschen Fernsehnachrichten gesagt wird, im Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei gehe es um mehr als einen Vokabelstreit zwischen Historikern, ja sogar um die Gretchenfrage nach der Identität der Nation, wenn darüber diskutiert werde, ob die Ereignisse von 1956 als „Konterrevolution“ oder als „Volksaufstand“ zu bezeichnen und zu be-

¹ Dieser Terminus wird hier für Auseinandersetzungen über die Bedeutung eines Ausdrucks im weitesten Sinne verwendet, d.h. zur Bezeichnung eines Konfliktes darüber, welche Bedeutung einem in Rede stehenden Ausdrucks zukommen soll (z.B. bei der aktuellen Abtreibungsdiskussion über die Bedeutung von *Leben*), d.h. aber auch zur Bezeichnung von Konflikten über die Angemessenheit einer Bezeichnung für einen Problemverhalt, ferner zur Bezeichnung von Konflikten über implizite Unterstellungen, über umstrittene Konnotationen usw. Dieser weite terminologische Sinn von *semantischem Kampf* bzw. *semantischem Konflikt*, der über ein wörtliches Verstehen des Terminus im Sinne eines Konflikts über die Angemessenheit einer Bedeutungs-Zuordnung zu einem Ausdruck hinausgeht, ist inzwischen weit verbreitet (vgl. u.a. Dieter Wunderlich, Arbeitsbuch Semantik. Königstein/Ts. 1980, S. 269-280 unter „Semantische Konflikte“).

werten seien.² – Die über die Wichtigkeit semantischer Kämpfe aufgeklärten Bürgerinnen und Bürger könnten sogar danach fragen, warum sich eigentlich Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler mit diesen ohnehin bekannten öffentlichen Sprachkonflikten beschäftigen.

Wissen wir – so könnten sie fragen – nicht längst alles über die Diskussionen, die entstanden über die Weiterverwendung sog. Nazi-Vokabulars, über die Problematik sog. Nazi-Vergleiche, über die deutsch-deutschen Konflikte, die die Vokabeln *Zone*, *sog. DDR*, *DDR*, *Friedensgrenze*, *Mittel-* und *Ostdeutschland* betreffen?

Sind wir seit 1968 nicht schon überfüttert mit Wissen auch über die semantischen Konflikte, die den inneren Zustand der Bundesrepublik betrafen und betreffen, – über *Berufsverbot* vs. *Radikalenerlaß*, über *Gruppe* vs. *Bande*, über *Sympathisant*, über *Doppelbeschluß* vs. *Nachrüstung* usw. usw.? Gilt nicht heute als Ausweis bürgerlicher Allgemeinbildung die Beherrschung der Argumentation gegen euphemisierende Manipulationswörter wie *Störfall* und *Entsorgungspark*? Leisten auf diesem Gebiet der Sprachkritik die streitenden Politiker und die kommentierend mitstreitenden Journalisten nicht mehr und besseres als Sprachwissenschaftler?

Kein Zweifel: Das Aufdecken oder Bewußtmachen der rhetorisch-argumentativen Mittel und der prinzipiellen politischen Relevanz solcher öffentlichen semantischen Auseinandersetzungen ist heute geleistet, die öffentliche Sprachsensibilität – auch für Reden über deutsche Geschichte – ist nicht nur erwacht, sondern bereits weitgehend gründlich geschult, so daß ihre Wirkung selbst sog. Spitzenpolitiker zu Fall bringen kann. Nicht abgeschlossen ist dagegen die zeichentheoretische Analyse, die exegetische Systematisierung dieser pauschal als semantische Kämpfe bezeichneten Auseinandersetzungen über Bewertungs- bzw. Interpretationsausdrücke: ihre Dokumentation ist noch bruchstückhaft, ja die sprachgeschichtliche Deutung und systematische Zuordnung zur Zeitgeschichte ist nicht einmal über das wissenschaftliche Anfangsstadium hinaus. Die Integration von semantischen Kämpfen in eine zukünftige Geschichte der Gegenwartssprache ist noch zu leisten.

Es gibt anregende Arbeiten als Ansätze hierzu: es sind Analysen zum politischen Sprachgebrauch, zum Zusammenhang von allgemeiner Geschichte und Sprachgeschichte seit 1945, Arbeiten über die Funktion von Sprachkritik und Sprachreflexion oder Metasprache. Stellvertretend

² Vgl. dazu: „Rheinische Post“, 31.1.89: „1956 war Volksaufstand“. Neubewertung in Ungarn. (Titelzeilen, S. 1).

möchte ich vier Namen aus der Generation meiner Lehrer nennen, die zugleich mit der Geschichte des Instituts für deutsche Sprache eng verbunden sind: Gustav Korleñ, Peter von Polenz, Hugo Steger und Harald Weinrich.³

In welche Schwierigkeiten noch andauernde semantische Kämpfe die Geschichtsschreibung der Gegenwartssprache bringen, das wird der gerade im Druck befindliche sprachgeschichtliche Versuch von Hugo Steger⁴ über die Jahre 1982 bis 1987 zeigen. Da sich für umstrittene Problemverhalte in der unmittelbaren Gegenwart noch nicht einzelne Bezeichnungen als allgemeinakzeptiert öffentlich durchgesetzt haben, führt Steger für dasselbe Ereignis z.T. Listen von konkurrierenden, interpretierenden, bewertenden Bezeichnungen an: z.B. *Sparpaket*, *Sparopfer*, *Lohnpause*, *Lohnverzicht*, *Nullohnrunde* für eine Maßnahme nach der sog. Wende. Steger selbst spricht sogar von „Wortfeldern“ wie *Zwangsanleihe*, *Investitionshilfeabgabe*, *Ergänzungsabgabe*, *Atempause in der Sozialpolitik*, deren einzelne Bezeichnungen den gleichen Problemverhalt aus verschiedenen Perspektiven benennen und zugleich interpretieren. Zum Teil existieren nach Steger sogar nur ausgesprochene Gegenbegriffe zur Bezeichnung einer Maßnahme: was die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg „Zumutbarkeitsregelung“ für Arbeitslose nennt, bezeichnet die Industriegewerkschaft Metall als „Unzumutbarkeitserlaß“. Eine aufregende Frage, die sich angesichts dieser Situation einem Sprachhistoriker geradezu aufdrängt, ist: Wie werden diese historischen Vorgänge in zehn oder zwanzig oder gar in vierzig Jahren bezeichnet werden? Sind bis dahin einheitliche, sog. „historische“ Bezeichnungen entstanden? Welche der jetzt noch durch die Bezeichnungskonkurrenz bewußt gehaltenen Interpretationsperspektiven ist dann verloren gegangen, ist unterdrückt worden, – wer hat bis dahin welche Vokabel durchgesetzt?

³ Nur beispielsweise sei verwiesen auf:

Korleñ, Gustav (1985): Noch einmal: „Mitteldeutschland“. Oder: die deutsche Frage im Spiegel der Sprache. In: Deutsche Studien 23, H. 91, S. 238-248.

von Polenz, Peter (1978): Geschichte der deutschen Sprache. Berlin/New York.

Steger, Hugo (1983): Sprache im Wandel. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Bd. III. Frankfurt am Main, S. 15-46.

Weinrich, Harald (1976): Von der Alltäglichkeit der Metasprache. In: ders.: Sprache in Texten. Stuttgart, S. 90-112.

⁴ Die überarbeitete und zeitlich aktualisierte Fassung von „Sprache im Wandel“ erscheint 1989 in der auf vier Bände erweiterten „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ im Fischer Taschenbuch Verlag und als Parallel-druck in der Zeitschrift „Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht“ (SuL), H. 63, S. 3-31.

Mit Blick auf Stegers aktuelle Dokumentation von mehreren konkurrierenden Bezeichnungen für einen Problemverhalt könnten wir aber auch im Umkehrschluß rückwärtsgewandt fragen: Existierte etwa vor 40 Jahren für problematische Situationen, Ereignisse und Konzepte auch so eine Vielfalt von konkurrierenden Bezeichnungen und Interpretationen? Sind uns die damaligen politischen Globalprobleme und Widersprüche (im wörtlichen Sinne), die Absprachen und Gegensätze, die in den Aufbau und die Entwicklung unserer Republik eingegangen oder untergetaucht sind, heute noch bewußt oder sind sie aufgrund der Durchsetzung bestimmter dominanter Interpretationsvokabeln bewußtseinsmäßig verschüttet?

Daß sie nur „zugedeckt“ sind, d.h. aber daß ihre entsprechenden Orientierungs- oder Reizwörter nicht etwa aufgrund allgemeiner menschlicher Gedächtnisschwäche bloß vergessen, sondern als Unterlegene in 'semantischen Kämpfen' dem heterogenen Bau der Gesellschaft auch weiterhin zugrunde liegen und sozusagen den fruchtbaren Mutterboden im „Garten des Menschlichen“ bilden, dafür sprechen die beiden Seiten der schlichten Überlegung, von der unsere Retrospektive ausging: sowenig die gegenwärtigen semantischen Gefechte vernünftigerweise als exklusive Gegenwartsphänomene deklariert werden können, so wahrscheinlich sind sie in vielen Fällen womöglich sogar Folge-Geschichten semantisch sedimentierter Konflikt-Konstellationen aus der Frühphase der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Wenn aber eine ehemalige Perspektivenvielfalt nicht mehr bewußt ist, dann würde eine sprachhistorische Analyse semantischer Kämpfe womöglich aufdecken können, daß den Journalisten und der Öffentlichkeit ehemals höchst problematische und umstrittene Bezeichnungen heute als problemlose Sachverhaltsbezeichnungen erscheinen. Der Konstitutionscharakter dieser Ausdrücke für das öffentliche Bewußtsein und die gesellschaftliche Verhaltensorientierung könnte dann nur durch (sprachwissenschaftliche) Erinnerungsarbeit (wieder) bewußt gemacht werden.

Daß nämlich heute Wörter wie *Investitionshilfeabgabe* nur Teile des Solidarvokabulars einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe sind, wird deutlich, wenn Steger den politischen Hintergrund und Handlungszusammenhang des gegenbegrifflichen Vokabulars verdeutlicht, indem er auf die parlamentarische, gewerkschaftliche und öffentlich-journalistische Kritik hinweist. Die Gegenposition zur Regierungsperspektive kennzeichnet Steger nämlich mit folgendem Satz: „Die Opposition und viele Medien sprechen vom *Umverteilungsstaat*, von *Umverteilung von unten nach oben*, von *Sozialabbau*, von *Ellenbogengesellschaft*, -mentalität“.

Mit Wörtern wie *Sozialabbau* und *Ellenbogenmentalität* führt Steger offensichtlich an die großen politischen und mentalitätsgeschichtlichen Rahmenbedingungen unserer unmittelbaren Gegenwart heran.

So verlockend die Konzentration auf die unmittelbare Gegenwart auch erscheinen mag, will ich mich doch auf dieser Tagung über Gegenwartssprache aus verschiedenen Gründen intensiver mit dem Anfangsstadium unserer Gegenwartssprache, mit der sog. Nachkriegszeit beschäftigen. Die unmittelbare Nachkriegszeit liegt ja etwas im Schatten unserer Aufmerksamkeit, weil kontrastierende Rückwendungen bei der Gegenwartsanalyse unserer Demokratie oft auf die Zeit vor der Zäsur, d.h. auf die Diktatur der Nazizeit zurückspringen.

Zum zweiten hat sich die Sprachwissenschaft bisher nur von bestimmten öffentlichen semantischen Kämpfen und expliziten öffentlichen Sprachthematisierungen stimulieren lassen: von Diskussionen über die sog. Nazi-Sprache, vom deutsch-deutschen Sprachgegensatz und der sprachlichen Anerkennungsdiskussion über den Staatsnamen der DDR und dann nach 1968 von den sprachlichen Sensibilisierungsschüben durch die Studenten-, Umwelt-, Feminismus- und Friedensbewegungen. Auch dadurch blieben viele Problembereiche der Nachkriegszeit weitgehend ausgeblendet.

Die durch die „Studentenrebellion“⁵ ausgelöste gesellschaftliche Wertediskussion und postkonventionelle Werterelativierung hat ja sogar 1983 zum Vorschlag geführt, 1968 als „eine tiefere Zäsur als 1945“ anzusehen, d.h. die Gegenwart erst 1968 beginnen zu lassen; ich zitiere: „Die Rebellion von 1968 hat mehr Werte zerstört als das Dritte Reich. Sie zu bewältigen ist daher wichtiger, als ein weiteres Mal Hitler zu überwinden“, – so der ehemalige Generalsekretär der CDU, Bruno Heck.⁶

Schon für die Tradition der sog. Nazi-Vergleiche – d.h. für die allen politischen Lagern vertraute Praxis, sich gegenseitig etwa mit Goebbels-Vergleichen zu diffamieren – habe ich aber nachweisen können, daß eine Erinnerung an die wenig aufgearbeitete unmittelbare Nachkriegszeit und an die fünfziger Jahre wesentlich zum Verständnis der Gegenwart und damit zu unserem geschichtlichen Selbstverständnis beitragen kann. Auch in dieser Hinsicht will ich – wie meine historiographischen „Mitstreiter“

⁵ Daß eine einheitliche historische Vokabel für diese Bewegung noch nicht existiert, belegen Titelzeilen wie „Die Revolution blieb Rebellion“ („Rheinische Post“ 15.9.88, anlässlich des Erscheinens eines Buches über die RAF).

⁶ 1983 in der Zeitschrift „Die politische Meinung“, s. DER SPIEGEL Nr. 2, 5.1.87, S. 27.

von Polenz und Steger – mit 1945 als wichtigster Zäsur einsetzen. Neuere zeitgeschichtliche Analysen sehen allerdings als wesentlicheren Umbruch die Währungsreform im Jahr 1948 an.⁷ Mit dem Blick auf die „Erfahrung der kleinen Leute“ gibt die „Geschichte von unten“, die sog. Oral History, dem 8. Mai 1945 einen ganz geringen Stellenwert; sie setzt nicht 1945, sondern 1948 als Ende einer seit Stalingrad (1943) dauernden Umbruchperiode an.

2. Die umstrittene Interpretation des 8. Mai 1945:

Zusammenbruch, Niederlage, Tag der Befreiung, Kapitulation, demokratischer Neuanfang usw.

Für den Einstieg der Rekonstruktion semantischer Kämpfe am 8. Mai 1945 spricht aber – unabhängig von allen anderen Vorschlägen zur sprachhistorischen Epochalisierung – ein exklusives Kriterium: nämlich das gewissermaßen methodenreflexive Argument, daß dieses Datum selbst Gegenstand ganz früher und bis heute reichender semantischer Kämpfe ist. Kurz gesagt: der 8. Mai – das Datum zwischen den Unterzeichnungen der bedingungslosen Kapitulation in Reims und Berlin – ist bezüglich seiner lebenspraktischen und wertorientierenden Bedeutsamkeit bis heute ein besonders umstrittenes Datum und – wenngleich als historischer – ein eminenter öffentlicher Problemverhalt geblieben.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde das Geschehen dieser Tage, das den zweiten Weltkrieg in der westlichen Hemisphäre beendet, in und für Deutschland bezeichnet als „Zusammenbruch“, „Kriegsende“, „Stunde Null“, „Tag X“, oder auch einfach als „die Niederlage“. Zeithistoriker sagen:

Die alliierten Streitkräfte verstanden sich nicht wie in anderen Ländern als Befreier, sondern wie es General Eisenhower in seiner „Proklamation Nr. 1“ ausdrückte, als „Eroberer“, jedoch nicht als „Unterdrücker“.⁸

In den ehemals von Deutschen besetzten westlichen Ländern wie auch auf östlichem Gebiet des ehemaligen deutschen Reiches sprach man jedoch von „Befreiung“ bzw. dem „Tag der Befreiung“, der in der DDR bis 1967 Feiertag war und bis heute als Gedenktag die historische Interpretation normiert. Der oberste Befehlshaber der Westmächte (General Eisenhower) dagegen meidet dieses Interpretationswort offenbar

⁷ Broszat, Martin u.a. 1988, (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München.

⁸ Thränhardt, Dietrich 1986: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main, S. 14.

entsprechend der Kollektivschuldinterpretation gegenüber dem Verhalten der Deutschen während der Nazizeit; gegen diesen Kollektivschuld-Vorwurf wiederum ist entschiedener westdeutscher Widerspruch in der Nachkriegspresse belegt.⁹

Walther Dieckmann in seinem Plädoyer von 1983 für eine intensivere „sprachkritische und sprachwissenschaftliche Behandlung der Nachkriegssprache“ meint, daß die Deutschen den 8. Mai 1945 bewußtseinsmäßig nicht als „Zusammenbruch des Faschismus“ begriffen hätten, sondern als „Anfang der Besatzungszeit, Ende des Krieges, Zusammenbruch sozialer und kultureller Ordnungen, auch Ende der Konzentrationslager und Anfang der Entnazifizierung“.¹⁰

Während offensichtlich verschiedene Bezeichnungen als Ausdruck verschiedener Erlebnis- und Orientierungsperspektiven in der unmittelbaren Nachkriegszeit öffentlich unthematisiert verwendet wurden, gaben vierzig Jahre später der Anstieg der Sprachsensibilität als auch die Gedenkveranstaltungen des runden Jahrestages des Kriegsschlusses Anlaß zu einer neuerlichen expliziten Thematisierung bzw. zur Forderung nach einheitlicher Interpretation mit bestimmten historiographischen Vokabeln.

1984 eröffnet Günter Grass die öffentliche Diskussion über die Angemessenheit der – auch bei Steger verwendeten – Geschichtsvokabel *Zusammenbruch*. Grass kritisiert diese – wohl aus der Medizin stammende und ursprünglich den körperlichen innerlich bedingten Kollaps meinende – (Ex-) Metapher als Vokabel, die typisch sei für die geschichtsfälschende Tendenz der Adenauer-Ära, weil sie insinuiere, die Nazi-Herrschaft sei durch Wirkung innerstaatlicher Kräfte bzw. innerstaatlichen Widerstands „zusammengebrochen“. Die zutreffende historiographische Bezeichnung müsse „bedingungslose Kapitulation“ lauten. Grass irrte hier historisch und philologisch gesehen insofern als z.B. 1944 Exilliteraten wie Thomas Mann durchaus von dem bevorstehenden und erhofften „Zusammenbruch“ der Nazi-Herrschaft sprachen. Aber – wie problematisch seine Deutung auch sein mag – Grass setzte eine bis heute dauernde Interpretationsdiskussion in Gang.

⁹ Vgl. z.B. Rheinische Post vom 16.3.46, S. 3 über die Stellungnahmen des Papstes und des Kardinal Frings zum Problem der persönlichen Schuld und der Kollektivschuld.

¹⁰ Dieckmann, Walther (1983): Diskontinuität? Zur – unbefriedigenden – sprachkritischen und sprachwissenschaftlichen Behandlung der Nachkriegssprache in Deutschland 1945-1949. In: Hermand, Jost u.a. (Hrsg.), *Nachkriegsliteratur in Westdeutschland*. Bd. 2. Berlin, S. 89-100, zit. S. 97.

Am 20. April 1985 berichtet beispielsweise die FAZ (S. 4) unter der Schlagzeile „SPD gegen das Wort von Zusammenbruch“ darüber, daß der Parteivorstand der SPD bei dem zum „Gedenken an das Kriegsende“ geplanten „Nürnberger Friedensgespräch“ drei Interpretationsvokabeln („Losungen“) für den 8. Mai 1945 vorschlagen wollte: „*Kapitulation des Dritten Reiches*“, „*Befreiung von Nationalsozialismus*“ und schließlich „*Demokratischer Neuanfang*“.

Den intensivsten semantischen Kampf um die Bedeutung des 8. Mai 1945 hat aber zweifellos unser gegenwärtiges Staatsoberhaupt selbst ausgelöst. Mit gutem zeitgeschichtlichen Instinkt wertete Broder Carstensen in seiner sprachhistorischen Blitzdokumentation – den „Wörtern des Jahres 1985“ – Weizäckers Gedenkrede zum 40. Jahrestag als „Worte des Jahres“ und hob als zentralen Satz die Interpretation eben dieser Zäsur hervor „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“.¹¹ Diese geschichtsinterpretierende Wendung, die mit der Benennung des Umschlagpunktes zugleich auch das heutige öffentliche Selbstverständnis deklarieren soll, erwies sie als äußerst brisante Vokabel. Die CSU widersprach ihr durch mehrheitliches demonstratives Fernbleiben von der Feierstunde im Bundestag, der Fraktionsfrüher Dregger (CDU) tadelte sie als Ausdruck „der uns von den Siegermächten aufgezwungenen Geschichtsbetrachtung“¹² und eine Flut von Leserbriefen wirft bis heute dem Bundespräsidenten eben diesen einen Satz vor, der eine „Selbstbezüglichung“ sei, der „Schuldgefühle bei der Kriegsgeneration“ hervorrufe und eine würdelose Sicht der „Niederlage des eigenen Volkes“ zum Ausdruck bringe.¹³ Welche kommunikative Heimtücke die isolierte Zitierung dieses einen Satzes enthält, das macht der Gesamttext des betreffenden Redeteils deutlich.

Meine Herren Präsidenten, Herr Bundeskanzler, Exzellenzen, meine Damen und Herren, liebe Landsleute. Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen. Der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa. Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe dafür allein finden.

¹¹ Carstensen, Broder (1985): Wörter des Jahres 1985, in SuL 16, H. 56, S. 110-118, zit. S. 110.

¹² S. DER SPIEGEL vom 3.11.86, S. 26 und 24.11.86: „Vergebung gewährt“, S. 22-25, zit. S. 25.

¹³ Zitate aus Leserbriefen in der Rheinischen Post vom 18.10.88 zu einem Artikel über Weizäckers Stellungnahme auf dem Historikertag mit dem Titel „Auschwitz ist unvergleichbar“ (RP vom 13.10.88).

Schonung unserer Gefühle durch uns oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit, so gut wir es können, ins Auge zu sehen ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit. Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen. Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos, dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dankbar dafür, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang. Es war schwer, sich alsbald klar zu orientieren. Ungewißheit erfüllte das Land. Die militärische Kapitulation war bedingslos. Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten? Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und auch zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen, das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn? Der Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft. Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gwalt Herrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai überhaupt erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen (Beifall). Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gwalt Herrschaft, die zum Kriege führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen (großer Beifall).

Der Text belegt, wir bedachtsam und differenziert von Weizäcker in dieser im In- und Ausland teils als „Wunder“ gefeierten Rede die unterschiedlichen Erlebniskategorien benennt und anerkennt: Heimkehr und Heimatlosigkeit, Befreiung und Gefangenschaft, Ende der Bombennächte und Schmerz über die Niederlage werden als Teilaspekte durchaus gewürdigt. Als die für unser Selbstverständnis insgesamt repräsentative Charakterisierung verwendet dann von Weizäcker die Worte „Tag der Befreiung“, wobei er zugleich eingesteht, daß die Deutschen am 30. Ja-

nuar 1933 mit herbeigeführt hatten, wovon sie am 8. Mai 1945 befreit werden mußten.

3. Semantische Kämpfe um die Westgrenze Deutschlands: *Annexion* vs. *Grenzberichtigung*, *Konfliktgeschichte* vs. *Versöhnungsgeschichte*.

Nach diesem vielleicht brisantesten Konfliktthema der Benennung des Umschlagpunktes von Vergangenheit und Gegenwart will ich jetzt ein Beispiel vorstellen für einen sachlich beigelegten Konflikt, einen begraben Wortstreit mit versöhnlichem Ausgang.

Eine Sichtung von westdeutschen Zeitungen der frühen Nachkriegszeit macht deutlich, daß diese Presseorgane sprachthematisierend reagieren, wenn von östlicher Seite Regelungen getroffen oder Vokabeln etabliert werden, die dem Vorbehalt des Potsdamer Abkommens widersprechen. In diesem war bekanntlich im Sommer 1945 von den drei Regierungen der Siegermächte bekräftigt worden, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle. Ich habe Ihnen die erste Meldung vorgelegt, die auf westdeutscher Seite den Beginn des langanhaltenden semantischen Kampfes über die Bezeichnung und völkerrechtliche Bewertung der heutigen Westgrenze Polens als *Friedensgrenze* dokumentiert. Der Text der „Rheinischen Post“ vom 25.10.48 unter dem Titel „Die Friedensgrenze“ kritisiert offensichtlich, daß die SED in einseitigem Vorgriff auf eine friedensvertragliche Regelung die (vorher auch von ihr abgelehnte) Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie nach außen hin durch die Verwendung der Vokabel *Friedensgrenze* anerkennt.

Meldung der „Rheinischen Post“ vom 25.10.48

Die „Friedensgrenze“

Berlin, 24. Oktober. (Eigenbericht)

Walter Ulbricht, Mitglied des Zentralvorstandes der SED, bezeichnete die Oder-Neiße-Linie als die „Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen“. Die Alliierten hätten diese Grenze festgelegt und die antifaschistischen Kräfte Deutschlands hätten zugestimmt. Der polnische Ministerpräsident habe ihm gegenüber seiner Befriedigung über die „Überwindung der revisionistischen nationalen Tendenzen“ Ausdruck gegeben.

Der Ostberliner „Vorwärts“ belegt übrigens nach meinen Recherchen erst ein Jahr später (am 3.9.49) den Quasi-Terminus *Friedensgrenze*.

Ich will aber diese östliche Grenzdebatte und auch die bekannten bis heute dauernden sprachlichen Aueinandersetzungen über Alleinvertretungsansprüche und den Staatsnamen der DDR hier nicht verfolgen.

Die neutrale skandinavische Germanistik – besonders Korlén (s.o.) – hat diese parteiinternen und öffentlichen Sprachkonflikte ausführlich dokumentiert und intensiv, auch inhaltskritisch, analysiert. Ich möchte vielmehr auf eine Lücke in der Analysegeschichte sprachlicher Konflikte hinweisen. Was an frühen semantischen Kämpfen bezüglich der Ostgrenzen hier nur angedeutet wurde, das hatte nämlich ein bisher nicht beachtetes und infolgedessen auch von Sprachkritikern und Sprachhistorikern nicht dokumentiertes Gegenstück, das in der besonders betroffenen britischen Zone und im Frühstadium der Bundesrepublik mit ebenso großer Heftigkeit ausgetragen wurde. Hier spielte die Verwendung der Termini *Grenzberichtigung* und *Annexion* eine entscheidende Rolle.

Im gleichen Jahr 1946, in dem die westdeutschen Zeitungen zuerst über den Bezeichnungskampf *Oder-Neiße-Grenze* gegen *-Linie* im Osten berichten, setzt auch eine Berichterstattung ein über Gebietsforderungen der westlichen Nachbarn, u.a. über „Unberechtigte holländische Forderungen an Deutschland“ - wie es eine Schlagzeile im November 1946 (RP vom 9.11.) formuliert. Es geht bei den holländischen Forderungen u.a. um die ganze Grafschaft Bentheim, um etwa 2000 qkm Gebiet und 120.000 Einwohner. Von Anfang an wird die betreffende Auseinandersetzung – auch über französische, belgische und luxemburgische Gebietsforderungen – als semantischer Kampf mit Hilfe zweier gegensätzlicher Legitimationsvokabeln ausgetragen. Die Nachbarstaaten versuchen ihre Ansprüche semantisch zu legitimieren durch Wörter, die durchgehend eine Korrektur meinen. Die deutschen Zeitungen geben diese Vokabeln mit „Grenzberichtigung“ in distanzierenden Anführungsstrichen wieder und weisen damit Wort und Anspruch als illegitim zurück. Die westdeutsche „Rheinische Post“ spricht durchgängig von „Annexionen“, um auf diese Weise die Forderungen sprachlich als illegitim zu kennzeichnen. Der Konflikt dauert insgesamt fast 10 Jahre an. In seinem Verlauf wird immer wieder explizit der Zusammenhang von Sprachgebrauch und öffentlichem Bewußtsein thematisiert, – auch in ausländischen Zeitungen wie beispielsweise im niederländischen Arbeiterblatt „Parol“ (s. RP vom 13.11.46). Auf dem Höhepunkt des Konflikts im Frühjahr 1949 berichtet die Rheinische Post:

In seiner Ansprache stellte Ministerpräsident Arnold zunächst fest, daß es sich bei den „Grenzberichtigungen“ offensichtlich um einseitig aufgelegte Gebietsabtretungen handele, die von der deutschen Öffentlichkeit als Annexionen empfunden werden. (RP 19.3.49, S. 1, Sp. 3-5)

Ende März 1949 werden die – wie es heißt – „Annexionsgebiete gesperrt“ (Titel RP 2.4.49), es werden ausdrücklich Vergleiche zu Gebietsverlusten östlich der ON-Linie gezogen (RP 2.4.49, S. 1, Titel „Die Sprache des

Siegers"). Niederländische Truppen rücken schließlich Ende April (am 23.4.) 49 in die beanspruchten Gebiete ein, die RP berichtet darüber unter dem Titel „Annexionen vollzogen“ (25.4.49, S. 1).

Völkerrechtlich betrachtet wurde das Problem der Westgrenze der Bundesrepublik Deutschland endgültig gelöst dadurch, daß die 1949 von Luxemburg, Belgien, den Niederlanden und Frankreich übernommenen Grenzgebiete (mit einer Bevölkerung von 13.500 Menschen) am 24.9.56 teilweise an die – inzwischen voll souverän gewordene – Bundesrepublik zurückkamen. – Damit ist ein Kapitel der Konfliktgeschichte auch mit den westlichen Nachbarn bewußt gemacht worden.

Ich möchte an diese Beispielgeschichte ein Plädoyer für die Berücksichtigung von Fällen dieser Art anschließen. Solche Fälle sind für die westdeutsche Nachkriegsgeschichte in größerer Zahl zu registrieren: z.B. betreffen sie gut belegte semantische Kämpfe über die Interpretation der „Demontagen“, die von westdeutscher Seite kritisierend als „Industriezerstörung“ bezeichnet werden; sie betreffen auch die von den Alliierten erzwungenen und unter Wert bezahlten Kohlen- und Holzlieferungen aus Deutschland, für die die Alliierten ab September 1947 der Presse ausdrücklich das Wort *Export* vorschreiben und sich das Wort *Reparationen* verbitten (s. RP vom 6.9.47, vom 11. und 29.10.47).

Ogleich solche Bezeichnungskonflikte Parallelen darstellen etwa zur Auseinandersetzung über die Bezeichnung *ON-Grenze* vs. *ON-Linie*, werden sie – da für die Westgrenze der BRD keine „offene“ deutsche Frage existiert – von der Sprachgeschichtsschreibung leicht übersehen, zumal sie keine auffälligen Spuren in der Wortbedeutungsgeschichte hinterlassen.

Damit aber entsteht die Gefahr, daß die Geschichte einer Sprache nur Fälle noch virulenter Bewertungskonflikte verbucht und nicht mehr aufgrund selbständiger Erinnerungsarbeit das Zustandekommen öffentlicher Bewußtseinslagen rekonstruiert. Damit würde aber die Sprachgeschichte als Kommunikationsgeschichte zu einer Art zeitlich kurzschichtiger Konfliktgeschichte, die eine große Zahl „gelöster“, jedenfalls unterschiedener oder stillgelegter Bewertungskonflikte nicht berücksichtigt. Ich plädiere also dafür, daß durch intensives Quellenstudium über semantische Kämpfe in der Öffentlichkeit auch die Auseinandersetzungen über inzwischen gelöste Konflikte dokumentiert und interpretiert werden. Bei diesem Vorgehen könnte die Sprachgeschichtsschreibung nicht nur die ohnehin durch Konfliktfortdauer öffentlich bewußt gehaltenen Bewertungsdiskrepanzen beschreiben, sondern sie könnte anschaulich machen, daß das Fehlen von sprachlichen Interpretationskonflikten mit

den westlichen Nachbarn nicht von Natur und von vornherein existiert, sondern Ergebnis von relativ versöhnlicher Konfliktaustragung und kompromißhaftem Interessenausgleich mit dem Kriegsverschulder ist. Kurz gesagt: Nur so kann eine Sprachgeschichtsschreibung – über eine kurz-sichtige semantische Konfliktanalyse hinausgehend – auch beitragen zur Dokumentation und Analyse einer Geschichte der Versöhnung. Eine solche Geschichte der Versöhnung würde mit zur Erkenntnis beitragen, daß – angesichts der Arbitrarität sprachlicher Zeichen – sprachliche Übereinstimmungen, Sprachfrieden nicht gottgegeben, sondern prinzipiell Ergebnis oder Symptom von politischer und allgemein öffentlicher kommunikativer Versöhnungsarbeit sind.

4. Zur Geschichte west-östlicher Feindbilder:

Wiederbewaffnungs-Debatte (*Verteidigungsbeitrag* vs. *Remilitarisierung*, negative Konnotation von *Pazifismus*, und *Neutralität*), Vorleistungs-Strategie (Verlust der Geltung von „Bedrohung“, Verlust der „Verteidigungsbereitschaft“).

Während es bei der westlichen Grenzdiskussion um gelöste Probleme ging, betrifft der nun folgende abschließende Komplex die Anfangsphase der im Augenblick eminent aktuellen west-östlichen Feindbildgeschichte als gesellschaftliche Bewußtseinsgeschichte und zwar unter dem Gesichtspunkt der Legitimation militärischer Rüstung.

Öffentliche Diskussionen über *Kriegs-* vs. *Verteidigungsministerium*, *Wehrkunde-* vs. *Friedensunterricht* in den Schulen beider deutscher Staaten, über *Kriegs-* vs. *Friedensdienst mit der Waffe*, über die implizite Schuldzuweisung der Vokabel *Nach-Rüstung* haben auf diesem Gebiet eine hohe öffentliche Sensibilität für sprachliche Manipulation entwickelt und somit das hervorgebracht, was Habermas im Zeitalter medialer Erfahrung als kritisch-aufklärerische Einstellung zur Vermeidung selbstverschuldeter Unmündigkeit ansieht: die bewußte Unterscheidung zwischen informativ-verständigungsorientiertem und erfolgsorientiert-überredendem Sprechen bzw. Handeln.¹⁴ Bei meiner Darstellung stütze ich mich z.T. auf quellenerschließende und an semantischen Kämpfen orientierte Düsseldorfser Arbeiten zur deutschen Sprachgeschichte nach 1945, die allesamt in diesem Jahr in der Zeitschrift „Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht“ erscheinen werden.

¹⁴ Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 2. Frankfurt am Main, z.B. S. 182 ff. und S. 268 ff.

Die Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung¹⁵ wird um 1950 von dem Regierungschef Adenauer und dem Oppositionschef Schumacher zurecht als die „Frage der Fragen“ bezeichnet, die der Politik damals „einmalige, unrevidierbare“ Entscheidungen über Neutralität oder Blockintegration abverlangten. Die Auseinandersetzungen dieser Jahre waren durch semantische Kämpfe gekennzeichnet, die u.a. die Wörter *Remilitarisierung*, *Aufrüstung*, *Wiederaufrüstung*, *Verteidigungsbeitrag*, *Wehrbeitrag*, *deutscher Beitrag*, *Pazifismus* und *Neutralität* betrafen.

„Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands“ hatten sich die Sieger im gestaltungsmächtigen Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 zum Ziel gesetzt. Nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz der vier Großmächte im Dezember 1947 und immer deutlicher werdender Blockbildung im Westen und Osten Europas stellen britische und amerikanische Militärs erste Überlegungen über eine Remilitarisierung Westdeutschlands an.

Nachdem führende westdeutsche Politiker in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch jedem Deutschen wünschten, daß ihm die Hand abfalle, wenn er wieder eine Waffe anfasse (F.J. Strauß, s. Thränhardt 1986, S. 75), läßt sich vorstellen, wie politisch heikel ein Versuch sein mußte, das öffentliche Bewußtsein so zu wandeln, daß aus einem noch zu erzeugenden Bedrohungsgefühl heraus diese Wiederbewaffnungs-Pläne von der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Mehrheit getragen würden.

Es ist interessant zu beobachten, mit welchen kommunikativen Mitteln Befürworter und Gegner dieser Pläne operierten und politische Entscheidungen herbeiführten: Die deutsche Öffentlichkeit wurde durch eine Nachricht des russisch lizenzierten ADN bereits im März 1948 auf Überlegungen aufmerksam, wonach US-Politiker „einen geheimen Plan für die Aufrüstung eines künftigen westdeutschen Staates vorgelegt haben“ (RP 17.3.48, S. 2). Fragende Schlagzeilen wie „Deutsche unter Waffen?“ (RP 27.11.48), „Heimliche Aufrüstung?“ (RP 4.12.48), „Aufrüstung?“ (RP 4.2.49) und assertorische Hauptüberschriften wie „Keine Remilitarisierung“ (RP 15.12.48), „Wiederaufrüstungsgerede“ (RP 15.1.49) sind Belege einer 1948/49 intensiv geführten Diskussion.

In dieser Diskussionsphase vor 1950 wird aber erkennbar, wie ein Bedrohungsgefühl mit Hilfe eines Feindbildes erzeugt wird und so eine

¹⁵ Ich stütze mich hier – bezüglich der Belege insgesamt und auch teilweise argumentatorisch – auf den Aufsatz von Martin Wengeler (1989): *Remilitarisierung oder Verteidigungsbeitrag? Sprachthematization in den Diskussionen um die westdeutsche Wiederbewaffnung – Ein Beitrag zur Sprachgeschichte nach 1945*. In: SuL 20, H. 64.

schuldzuweisende Interpunktion von Ereignisfolgen (im Sinne Watzlawicks) konzipiert wird, wodurch die jeweilige Rüstung einer Seite als notwendige Reaktion in Form von Verteidigungsbemühungen – d.h. modern gesprochen als „Nach-Rüstung“ gegenüber der „Vor-Rüstung“ des Gegners – erscheint.

Der Herausgeber des konservativen „Rheinischen Merkur“ (F.A. Kramer) beispielsweise fordert Anfang November 1948 – ich zitiere – wegen der „neuen Kriegsgefahr, die aus dem Osten droht“, „eigene Abwehrmittel“, „einen bescheidenen Selbstschutz“, „wenigstens einige Abwehrverbände“. Bei diesen Forderungen handle es sich nicht um „'Militarismus' irgendwelcher Art“, sondern um notwendige Selbstschutz-Vorbereitung; ich zitiere:

Aber wenn er [der Krieg] kommen sollte: Welcher Mann würde nicht lieber eine Waffe in der Hand haben, als zwischen Genickschuß, Strang oder Bergwerk wählen zu müssen? Und ein Hundsfoth, wer Frau oder Tochter oder Schwester dem Iwan zu überlassen bereit wäre (RM 13.11.48, S. 1).

Weitere Zitate, die die Wiederbelebung alter Topoi wie „Ansturm der Tatarenhorden“ – auch durch Regierungsangehörige – belegen, wollen wir uns hier ersparen.

Die semantische Taktik der Befürwörter der Wiederbewaffnung und der sog. West-Integration besteht in den folgenden Jahren darin, daß sie das Wort *Remilitarisierung* für die diskutierten Maßnahmen ablehnen. Anfang 1949, nach Einführung der kasernierten Volkspolizei in der sowjetischen Zone, sprechen sie von der notwendigen „Schaffung einer europäischen Armee, der auch deutsche Soldaten angehören“ (so Adenauer am 3.12.49). Dieses Konzept wird von Regierungsseite vertreten mit Vokabeln wie *Beitrag zur Verteidigung Europas*, *Verteidigungsbeitrag*, während die Gegner – die SPD und die KPD im Parlament (und die EKD außerhalb) – diese Politik der militärischen Westintegration mit den Vokabeln *Wiederaufrüstung* und *Remilitarisierung* bekämpfen. Damit versuchen diese Gruppen eine Verbindung herzustellen zu der im Potsdamer Abkommen ausdrücklich geforderten „Entmilitarisierung“ und zugleich Assoziationen zu wecken an den unseligen deutschen gesellschaftlich integrierten Militarismus der Kaiser- und Nazi-Zeit. Der Adenauer-Partei gelingt es zunächst nicht, den Ausdruck *Militarisierung* öffentlich total zu unterdrücken. In der Begründung seines durch Adenauers Wiederbewaffnungspolitik ausgelösten Rücktritts schreibt der damalige Innenminister (und spätere Bundespräsident) Heinemann 1950 an Adenauer, daß er die „Aufstellung deutscher Truppenkontingente wenn auch im Rahmen einer internationalen Gemeinschaft“ ablehne, weil eine solche

„Militarisierung“ „die Renazifizierung nach sich ziehen wird.“

Diese semantischen Kämpfe haben übrigens eine bis heute in der Geschichtswissenschaft und der politischen Öffentlichkeit dauernde Fernwirkung.

Die historiographisch oft verwendete Vokabel *Wiederbewaffnung* wurde zuletzt am 7.10.88 bei der Begräbnisrede für Franz Josef Strauß vom derzeitigen Bundeskanzler Kohl als zu kurz greifend kritisiert: mit „*Wiederbewaffnung*“ – so der Kanzler im vorgelegten Text – sei der Aufbau der Bundeswehr nur sehr unzureichend beschrieben:

Denn im Kern ging es dabei um die unwiderrufliche Bindung unseres Landes an die Wertegemeinschaft freiheitlicher Demokratien: gewissermaßen um das außenpolitische Gegenstück zur innenpolitischen Entscheidung für den absoluten Vorrang der Menschenwürde, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 127, S. 1156 vom 11.10.88).

Es ist aufschlußreich, daß die Vokabel *Remilitarisierung* in der soeben bei Ploetz und der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft erschienenen 4. Auflage der „Deutschen Geschichte“ – von Conze und Hentschel herausgegeben – nur zur Bezeichnung der seit 1948 in der SBZ durchgeführten Maßnahmen verwendet wird; aufgrund dieser östlichen Maßnahmen hätten die Amerikaner (erst) 1950 eine entsprechende Diskussion als Antwort eröffnet. Wir hatten oben gezeigt, daß die Wiederbewaffnungsdiskussion von amerikanischer und westdeutscher Seite seit dem Frühjahr 1948 in Zeitungen belegt ist. Man sieht also, daß auch aktuelle westdeutsche Geschichtsschreibung bis heute noch Feindbildklischees und Schuldzuweisungen transportiert.

Doch zurück zur Nachkriegszeit, die diese Bewußteinslage erzeugt hat: Als die SPD ab Herbst 1950 aber nicht mehr als prinzipieller Gegner einer Wiederbewaffnung erscheinen will und für eine militärische West-Integration lediglich die staatliche „Gleichberechtigung“ der Bundesrepublik als „Voraussetzung eines militärischen Beitrags“ fordert (so Schumacher 1950 in Stuttgart), da trennen die Regierung und die SPD nur noch unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Weg zur Wiederbewaffnung. Konsequenterweise distanziert sich nun die SPD vom negativen Kampfbegriff *Remilitarisierung*. Schumacher spricht (in seiner Bundestagsrede im März (am 9.3.) 1951 explizit distanzierend von „sogenannter Remilitarisierung“, d.h. er kennzeichnet es als Kampfwort anderer. Schumacher versucht, die SPD in einer Mittelposition erscheinen zu lassen, indem er betont, daß die Auseinandersetzung sich nicht „zwischen den Remilitarisierern schlechthin und irgendwelchen absoluten Pazifisten mit einer Friedensformel des garantierten Erfolgs“ abspiele.

Damit haben sich sowohl CDU wie auch SPD gegen alle die gewandt, die – unter Benutzung des Wortes *Militarisierung* – die angestrebte Wiederbewaffnung ablehnen. Adenauer spricht von einem Beitrag zu einer „Abwehrfront“, zu einer „Schutzfront für den Frieden“. Mit expliziten Thematisierungen hatten die Regierungsparteien in den – hier zitierten – Beiträgen zur Bundestagsdebatte im November 1950 (am 8.11.50) den Ausdruck *Remilitarisierung* im Sinne von 'Restauration vergangener Ideologien' bzw. als 'nationale Militarisierung' semantisch festgelegt, um dieses Wort als Bezeichnung für die von ihnen geplante Wiederbewaffnung zu unterdrücken.

Dr. Schäfer (FDP):

Man macht sich die Sache vielfach sehr einfach, indem man für alle solche verwickelten Vorgänge ein Schlagwort einführt. Das Wort, unter dem in den letzten Wochen und Monaten eine verantwortliche Diskussion hin und her gegangen ist, war das Wort „Remilitarisierung“. Es ist ein verhängnisvolles Wort, nicht nur weil es ein Schwammwort ist, weil es zur mangelnden Präzision des Denkens und zu schlechter Unterscheidung der verschiedenen Wege, Möglichkeiten und Erscheinungen in der politischen Wirklichkeit verführt, sondern weil es zugleich ein Wort ist, das die Tatsachen verschiebt. Nirgendwo ist von einer Wiederkehr vergangener Einrichtungen die Rede und besteht eine solche Absicht. Wir denken gar nicht daran, vergangene Zustände zu wiederholen oder wiederherzustellen, weder formationsmäßig noch formenmäßig noch gedanklich. Hier geht es nicht um eine Restauration vergangener Ideologien, vergangener Ziele oder vergangener Methoden, sondern hier handelt es sich um völlig neue Formen und Formationen zur Sicherung dessen, was ich soeben mit den Worten Frieden und Freiheit zusammenzufassen suchte.

von Brentano (CDU):

Zunächst möchte ich auch unterstreichen, was einer meiner Vorredner schon sagte: Wollen wir uns nicht von diesem unseligen Wort einmal trennen: Es kann nicht oft genug gesagt werden, daß mit dem Begriff Remilitarisierung sich wirklich auch in der Öffentlichkeit gewisse Vorstellungen verbinden, als bestehe die Absicht, Gewesenes zu restaurieren oder doch zu kopieren. Für meine Freunde und für mich kann ich mit aller Eindeutigkeit sagen, daß wir weder daran denken, Gewesenes zu restaurieren, noch daß wir daran denken, Gewesenes zu kopieren, daß wir aber wohl den ernstesten und entschiedensten Willen haben, etwas Neues zu schaffen. Wir wollen nicht remilitarisieren, wir wollen keine deutsche nationale Armee als Mittel zur Durchsetzung machtpolitischer Ziele. Wir wollen einen Beitrag zu einer europäischen Armee im Zuge der Integration Europas leisten. Wir wollen bereit sein, uns innerhalb einer solchen europäischen Gemeinschaft den gleichen Aufgaben, den gleichen Verpflichtungen zu unterziehen wie die anderen, und wir wol-

len hierzu bereit sein nicht im Sinne und im Wege der Remilitarisierung, wohl aber im Sinne des Anrufs an das deutsche Volk, sich seine Freiheit zu erhalten und in einer solchen gemeinsamen Armee mitzuarbeiten.

Schon im August 1950 hatte Vizkanzler Blücher (FDP) an Adenauer geschrieben, daß er den Begriff *Remilitarisierung* bedauere, da es um „nichts anderes als einen Beitrag nicht zu einer deutschen Armee, sondern zur Verteidigung des freien Teiles Europas“ gehe. Alle außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen, die sich – wie der Kirchenpräsident Martin Niemöller – „jeder Remilitarisierung“ widersetzen, wurden nun semantisch mit Hilfe der Bezeichnung *Pazifist* bekämpft. Die Bedeutung von *Pazifismus* wurde durch normierende Zuschreibung semantischer Merkmale wie 'weltfremd', 'unpolitisch', 'schwärmerisch', 'unrealistisch' negativ konnotiert und *Pazifismus* wurde so zu einem Ablehnungsbegriff hin stigmatisiert.

Ende Juni 1951 trägt auch Erich Ollenhauer auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main zur Stigmatisierung bei, indem er sagt: „Wir lehnen eine Politik des 'ohne uns' ab, und wir sind auch keine pazifistische Sekte.“

Im semantischen Umfeld der Wiederbewaffnungsdebatte ist die Rede Schumachers von „absoluten Pazifisten“ Symptom aber auch dafür, daß in dieser Zeit die Wiederbewaffnungsgegner nur als eine besondere Art von Pazifisten von CDU und SPD diffamiert werden konnten: ein letztes Bewußtseinsrelikt aus dem erst fünf Jahre zurückliegenden Kriegserlebnis wirkt sich offensichtlich so aus, daß der Ausdruck *Pazifist* oder *Pazifismus* allein nicht negativ konnotiert wurde, – dafür sprechen die offenbar zur Stigmatisierung notwendigen Attribuierungen in Wendungen wie *absoluter* bzw. *zersetzender Pazifismus* oder *pazifistische Sekte*.

Im Zusammenhang der Nachrüstungsdiskussion Anfang der 80er Jahre zeigt sich ein ähnlicher Versuch, den Ausdruck *Pazifismus* wiederum zu stigmatisieren und die pazifistische Haltung zu diskreditieren. Der Friedensbewegung war es offenbar inzwischen gelungen, das Wort *Pazifismus* wieder mit positiver Konnotation als Fahnenwort benutzbar zu machen; die Nachrüstungsbefürworter halten es nämlich um 1980 für nötig, den Ausdruck durch negativierende kontextuelle Verwendung abermals zu stigmatisieren – allen voran Heiner Geißler mit seinem berüchtigten (hier verkürzten) Zitat im Bundestag: „Der Pazifismus der dreißiger Jahre ... hat Auschwitz erst ermöglicht“. F.J. Strauß bezeichnet sich selbst im Laufe dieser Diskussion als „Gesinnungspazifisten“ und bringt damit zum Ausdruck, daß Pazifismus zwar eine ehrenwerte Gesinnung, für die politische Praxis aber unbrauchbar sei.

5. Semantische Kämpfe und das Problem des Vertrauens in die „Umgestaltung“ in den sozialistischen Staaten.

Am Beispiel des semantischen Kampfes um die Bedeutung des Wortes *Pazifismus*, der ja zugleich ein Kampf um die lebenspraktische Bedeutung von Pazifismus als Handlungsmaxime ist, erkennen wir, daß die militärdeologischen Verbalstrategien der Adenauerzeit, die ich in großen Zügen zu analysieren versuchte, z.T. auch die Nachrüstungsdebatte beherrschen. Erst in der unmittelbaren Gegenwart werden diese Strategien z.T. aufgegeben, da die auf stabilen Ost-West-Gegensätzen beruhenden, sprachlich konstituierten Feindbilder ins Wanken geraten. Die seit der frühen Nachkriegszeit geltende gegenseitige Abschreckungsstrategie im Rahmen einer „Politik der Stärke“ ist – am auffälligsten sichtbar in den Initiativen Gorbatschows – im Begriff, von den Supermächten durch eine dialogorientierte Vorleistungsstrategie ersetzt zu werden. Schon beklagen Bundeskanzler und Generalinspekteur der Bundeswehr, daß die „Verteidigungsbereitschaft“ als bewußtseinsmäßige Grundlage der Akzeptanz von Rüstungs- und Kriegsdienstleistungen zurückginge, und gar als kommunikativer „Auswuchs“ wird bewertet, „daß auch schon das Wort Bedrohung als nicht mehr zeitgemäß empfunden, als Relikt des Kalten Krieges abgestempelt werde“.

RP vom 14.12.1988, S. 1:

Rede auf der 30. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Würzburg.
Kohl appelliert an Wehrbereitschaft der Bürger

WÜRZBURG (ap/dpa). Bundeskanzler Kohl hat im Zeichen abrüstungspolitischer Hoffnungen, sinkender Jahrgangsstärken und finanzieller Engpässe offengelassen, ob es auch künftig bei einem Friedensumfang der Streitkräfte von 495 000 Soldaten bleiben kann. Auf der 30. Kommandeurtagung der Bundeswehr im Würzburger Congress-Centrum sprach sich der Kanzler gestern zwar dafür aus, den Verteidigungsumfang von 1.3 Millionen Mann zu halten, fügte jedoch lediglich hinzu, es gelte „für eine möglichst hohe Friedenspräsenz zu sorgen“. Vor den 450 Generalen, Admiralen und Obersten in Kommandeursverbindung bezeichnete es Kohl als „Herausforderung“, die Streitkräfte in die Lage zu versetzen, „auch in den 90er Jahren ihren Auftrag im Bündnis zu erfüllen“. Dazu seien vor allem beim Heer „strukturelle Anpassungen notwendig“.

Kohl rief die Bundesbürger auf, bei den Anstrengungen für die Verteidigung nicht nachzulassen. Die Bundesregierung werde auch gegenüber einer verunsicherten Öffentlichkeit den Auftrag und die Rolle der Bundeswehr „offensiv“ vertreten. Die gegenwärtige Akzeptanzproblematik der Streitkräfte könne nur von Politikern und Militärs gemeinsam gelöst werden. Bei den Bürgern gebe es eine breite Mehrheit, die den Verfassungsauftrag der Verteidigung mittrage und Verteidigungsfähigkeit wolle. Kohl bedauerte das nachlassende Bedrohungsbewußtsein. Die

Bundeswehr stelle in unserer staatlichen Sicherheitsvorsorge den entscheidenden Faktor dar.

Die Existenzsicherung durch bewaffnete Verteidigung gewinnt nach den Worten von Generalinspekteur Wellershoff in einem Staat, dessen Bürger meinen, die eigene Friedfertigkeit reiche aus, um die angenehmen Wohlstandsbedingungen zu schützen, immer mehr den Charakter des Verzichtbaren, in manchen Augen sogar den Charakter des Unmoralischen. Mit dieser Betrachtungsweise gehe die geringe Bereitschaft zu einer nüchternen Betrachtung von Fakten und Fragen der Sicherheitspolitik und auch die größtenteils deprimierende Uniformiertheit unserer Eliten einher. „Kein Wunder, daß dem Wehrpflichtigen der Sinn seines Wehrdienstes immer schwieriger zu vermitteln ist“, meinte Wellershoff. Wellershoff betonte, es komme zu den merkwürdigen Auswüchsen, daß auch schon das Wort Bedrohung als nicht mehr zeitgemäß empfunden, als Relikt des Kalten Krieges abgestempelt werde. „Zu nachhaltigen Auswirkungen kann dieses veränderte Empfinden jedoch führen, wenn Parteien und Regierungen sich nicht in der Lage zeigen, auf all diese alamierenden Entwicklungen tatkräftig zu reagieren.“

Die Hauptgefahr liegt nach Ansicht von Wellershoff weiter im überlegenen Militärpotential des Warschauer Paktes. Es schäle sich deutlich heraus, daß die Sowjetunion trotz aller spektakulären Abrüstungsschritte weiter rüste und zugleich auch die Gewichte in ihrer Streitkräftestruktur verschiebe. Die Bundeswehr habe Schwächen bei der Panzerabwehr, in der Luftverteidigung, bei der U-Boot-Jagd und bei den Munitionsvorräten. Nachdrücklich warnte Wellershoff davor, auf eine kleinere Bundeswehr zuzusteuern.

Dieser Sprachkritik liegt wohl die Befürchtung zugrunde, daß die derzeitigen ideologischen Klimaveränderungen zu vorschnellen und unkritischen Veränderungen in der politischen Einstellung wie im Sprachgebrauch geführt hätten, d.h. es wird die Frage gestellt, ob die Anstöße zu den momentanen programmatischen Veränderungen im Osten wirklich glaub- und vertrauenswürdige Maßnahmen seien oder etwa die raffinierteste Variante einer rein strategischen Inszenierung mit nur scheinbaren Umgestaltungsphänomenen.

Bezüglich dieser Frage glaube ich, daß es tatsächlich sprachkritische Maßstäbe dafür gibt, daß es sich um aufrichtige Umgestaltungsbemühungen handelt. Daß wir im Westen ein gewisses Vertrauen zu Veränderungen im Osten fassen, liegt m.E. auch daran, daß wir beobachten können, daß nun dort auch semantische Kämpfe stattfinden, daß unorthodoxe Äußerungen möglich sind, daß konkurrierende Vokabeln öffentlich artikuliert werden können und damit ein pluralistisches Meinungsspektrum möglich zu werden scheint. Die eingangs erwähnte Diskussion in Ungarn über die Bewertung und Bezeichnung der Ereignisse von 1956, die innenpolitische Forderung nach Pluralismus in Jugoslawien, die Möglichkeit, auch innerhalb der Sowjetunion Gorbatschows Politik öffentlich widerprechen zu können, das alles offenbart – trotz der polemischen, oft fana-

tischen Verbissenheit der Argumentationsgegner – semantische Kämpfe als das, was sie prinzipiell sind: Semantische Kämpfe sind Belege dafür, daß sich Individualität auf verschiedenen Stufen der Gruppenbildung argumentativ artikulieren kann, sie sind zugleich Symptome und Faktoren öffentlicher und persönlicher Freiheit, semantische Kämpfe sind insofern Ausdruck humaner, sich gegenseitig zum Wohle des Staatsganzen tolerierender sprachlicher Konfliktaustragung. Die sprachwissenschaftliche Analyse semantischer Kämpfe belegt also: Wir tagen heute in einem kommunikativen Vorfrühling. Hoffen wir, daß sich die Klima-Metapher „Frühling“ diesmal nicht rächt. Im Winter müßten wir uns wieder warm anziehen.